

Mittwoch, 28. November 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

SPD lehnt Steinkohlekraftwerk in Lubmin ab

Greifswald (dpa) Der geplante Bau des Steinkohlekraftwerks in Lubmin bleibt innerhalb der SPD umstritten. Die Sozialdemokraten in Vorpommern bekräftigten gestern ihre ablehnende Haltung zum Bauvorhaben des dänischen Investors Dong Energy. Die Schaffung von Arbeitsplätzen dürfe nur im Einklang mit der Tourismuswirtschaft und dem sensiblen Greifswalder Bodden geschehen, erklärte der Vorsitzende der SPD-Regionalgruppe, Hans-Jürgen Höcker. Das Zwei-Milliarden-Euro-Projekt sei energiepolitisch, touristisch und landesentwicklungspolitisch falsch. Kraftwerke wie das geplante seien "energiepolitisch tiefste Steinzeit", sagte Höcker.

Mittwoch, 28. November 2007 | Hansestadt Greifswald

400 Besucher bei Anti-Kraftwerks-Podium im Dom

Ein volles Auditorium Montagabend im Dom. Das Thema Steinkohlekraftwerk lockte Hunderte in die größte Greifswalder Kirche zu einer Podiums- und Publikumsdiskussion.

Innenstadt. "Kein Steinkohlekraftwerk in Lubmin" - diese Botschaft wurde Montagabend im Dom St. Nikolai nachdrucksvoll vermittelt, denn 400 Gäste waren aus diesem Anlass ins Gotteshaus gekommen.

In deren Podium hatten gleich sechs Kraftwerksgegener Platz genommen - vom Arzt bis zum Umweltethiker. Sie legten zunächst in Kurzvorträgen ihre Argumente dar. Ziel der Veranstaltung, die die Bürgerinitiativen "Kein Kohlekraftwerk Lubmin e.V." und "Zukunft Lubminer Heide" initiiert hatten, war es, möglichst viele Bürger zu animieren, schriftliche Einwendungen gegen das geplante Kraftwerk zu formulieren. Dazu gibt es morgen einen so genannten Einwendetag. 14 bis 19.30 Uhr stehen im Saal der Domgemeinde Fachleute Bürgern zur Seite. Am Ende der Veranstaltung, die vom 2. dänischen Staatsfernsehen aufgezeichnet wurde, fanden sich einige Bürgerinnen und Bürger zusammen. Sie wollen am 17. Dezember die "Bürgerinitiative Greifswald gegen das Steinkohlekraftwerk Lubmin" gründen. Die Veranstaltung selber sollte im eiskalten Dom vor allem eines: mobilisieren. Im wahrsten Wortsinn wurde Dampf gemacht gegen die Zwei-Milliarden-Investition des dänischen Staatskonzerns Dong Energy, auch wenn das an den Temperaturen im Kirchenschiff nichts änderte. Mit Sachargumenten, Fragen, aber auch emotionalen Rundumschlägen näherte man sich dem Thema. Ihr Fett weg bekamen Frau Merkel ebenso wie der Ministerpräsident, der OB und natürlich Dong Energy. Sehr sachlich argumentierte Umweltethiker Prof. Konrad Ott. Er wiederholte sein Argument, dass mit dem Lubminer Kraftwerk die Emissionsprofile für die nächsten 40 Jahre festgelegt würden. Der Alternativ-Nobelpreisträger Prof. Michael Succow flocht ein, dass er vor allem ein Problem damit habe, dass in Lubmin künftig viel zu viel Wärme produziert würde, die niemand brauche und die stattdessen ungenutzt in den Bodden abgeleitet würde. Das verdeutlichte auch der Biologe Dr. Günther Vater aus Lubmin. Er prophezeite dem Gewässer nicht nur einen Temperaturanstieg von rund zwei Grad, sondern auch den Tod vieler Lebensgemeinschaften. Für Horst Thieme, ehemaliger Haupttechnologe im Kernkraftwerk, steht indes fest: Kommt das Steinkohlekraftwerk, haben wir in fünf bis zehn Jahren einen schwarzen Chemiestandort. "Leuna, Buna, und Schwarze Pumpe", so der Podiumsgast wörtlich, "wären endlich angekommen". Als Alternative schlug er Lubmin als Standort der Kernfusion vor. Wohlwissend, dass hier seit Jahren alle Messen namens ITER gesungen sind. Dr. Klaus Kühnemann, Lubmins Bürgermeister warb indes für einen Kompromiss. "Kein Steinkohlekraftwerk!" Dafür, so der Kommunalpolitiker, müsste es einen Energiemix aus einem Gaskraftwerk für Spitzenlastzeiten und anderen alternativen Quellen geben. Beim Gaskraftwerk, so der Bürgermeister, hätte allerdings der mit Landesfördermitteln errichtete Hafen seine Berechtigung verloren, sagte er und meinte, dass dies ein großes Problem für die Landesregierung sei. Von Dong Energy war offenbar kein Vertreter eingeladen, obwohl ausdrücklich Fragen der Gäste erwünscht waren und zahlreich in Richtung Dong gestellt wurden. Die bemühte sich das Podium zu beantworten. Aus der Sicht des Kraftwerks-Gegners. RA

Mittwoch, 28. November 2007 | Hansestadt Greifswald

OZ meint

Tolle Veranstaltung, aber ....

400 Leute Montagabend im Dom. Das Thema Steinkohlekraftwerk bewegt die Menschen offenbar wie kein zweites. Deshalb ist es gut, derartige Veranstaltungen zu organisieren. Denn die Bürger haben ein Recht darauf, informiert zu werden und Informationen einholen zu können. Besser wäre allerdings gewesen, auch einen Vertreter des Investors einzuladen, damit er hätte auf die vielen Fragen und vorgetragenen Sorgen sachkundig Antwort geben können. Ansonsten setzt man sich schnell dem Vorwurf aus, Ängst bewusst provozieren zu wollen. Manch Podiumsteilnehmer nutzte die Gunst der Stunde, was der Veranstaltung leider schadete. ra

Mittwoch, 28. November 2007 | Anklam

Weiterer Protest gegen Kraftwerk

Ostvorpommern. Mit einer an den Wirtschaftsminister des Landes adressierten und bereits mit Text versehenen Postkarte kann jedermann derzeit gegen den geplanten Bau des Steinkohlekraftwerks in der Lubminer Heide protestieren. Weil die Postkarten der ersten Auflage in kürzester Zeit vergriffen waren, wurden sie nun nachgedruckt und sind wieder beim Landesverband BUND in 19053 Schwerin, Zum Bahnhof 20 oder unter ☐ 0385/56 54 70 erhältlich. Anfragen zu den Postkarten kämen aus ganz Deutschland. Viele Anrufer hätten angekündigt, bei Realisierung des Steinkohlekraftwerkes die ostvorpommersche Küste als Reiseziel nicht mehr anzusteuern.

Pressemitteilung vom 26. November 2007

## **Kohlekraftwerk in Hamburg-Moorburg klimaschädlich und unwirtschaftlich / BUND-Studie zu Alternativen**

Berlin: Bei einem Verzicht auf den Neubau des geplanten Kohlekraftwerks in Hamburg-Moorburg lassen sich unter Ausnutzung aller Alternativen wie der Steigerung der Energieeffizienz, dem Ausbau erneuerbarer Energien, der Kraft-Wärme-Kopplung und des Einsatzes von Erdgas die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 um bis zu 80 Prozent verringern. Außerdem sparen Wirtschaft und Landeshaushalt ab dann bis zu 500 Millionen Euro jährlich. Würden die CO<sub>2</sub>-Emissionsrechte wie diskutiert ab 2013 vollständig versteigert, rutscht das Steinkohlekraftwerk völlig in die Unwirtschaftlichkeit. Aufgrund der geringeren Investitionskosten ist spätestens dann ein mit Erdgas befeuertes Gas- und Dampfkraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung wesentlich wirtschaftlicher als die geplante Kohleanlage.

Dies sind die Ergebnisse einer vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in Auftrag gegebenen Studie des Heidelberger Ifeu- sowie des Hamburger Arrhenius-Instituts. Die Experten fanden auch heraus, dass eine kürzlich zwischen dem Hamburger Senat und Vattenfall geschlossene Vereinbarung über die Teilmodernisierung der Moorburger Anlage an der negativen Klimabilanz des Kraftwerks wenig ändert. Selbst mit dieser sogenannten "optimierten Wärmeauskopplung" verursacht das Moorburger Kraftwerk pro erzeugte Kilowattstunde Strom noch rund 800 Gramm Kohlendioxid.

Entscheidende Emissionsminderungen ließen sich nur erzielen, wenn statt des Brennstoffs Kohle das umweltfreundlichere Erdgas eingesetzt werden würde. Bei optimierter Wärmenutzung lassen sich die spezifischen Emissionen gegenüber einer kohlebefeuerten Anlage damit um etwa zwei Drittel verringern. Das Kohlekraftwerk Moorburg würde während einer geplanten "Lebensdauer" von rund 40 Jahren jährlich etwa 10 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> emittieren. Allein aus diesem Kraftwerk entfielen damit auf jeden Einwohner Hamburgs jährliche Pro-Kopf-Emissionen von nahezu sechs Tonnen. Die von der Bundesregierung geplante drastische Senkung der spezifischen Pro-Kopf-Emissionen wäre somit bezogen auf Hamburg obsolet.

Manfred Braasch, BUND-Landesgeschäftsführer: "Hamburg kann in Sachen Klimaschutz nur dann vorankommen, wenn das Kohlekraftwerk Moorburg nicht gebaut wird. Auch Bürgermeister Ole von Beust muss endlich begreifen, dass es nicht nur klimafreundlicher sondern auf lange Sicht auch kostengünstiger ist, wenn er die Vattenfall-Pläne stoppt."

Dem BUND zufolge planen die Energiekonzerne derzeit deutschlandweit mindestens 25 neue Kohlekraftwerke mit einer Kapazität von insgesamt rund 25000 Megawatt. Alle zusammen würden jährlich rund 145 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> ausstoßen. Zum Erreichen des Ziels, bis 2050 die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 80 Prozent zu vermindern, dürfte der gesamte Energiesektor dann aber nur noch rund 85 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> verursachen. Das Beispiel Hamburg-Moorburg zeige, dass die Planung neuer Großkraftwerke auf Kohlebasis ein Erreichen der deutschen Klimaschutzziele unmöglich mache.

Gerhard Timm, BUND-Geschäftsführer: "Offensichtlich hofft Vattenfall auf schwache Klimaschutzvorgaben seitens der Bundesregierung. Denn nur dann rechnet sich die Kohleverstromung in Großkraftwerken überhaupt noch. Gerade hat der IPCC-Weltklimarat aufgerufen, die Treibhausgase drastisch zu senken. Die Bundesregierung steht nun in der Pflicht, jenen Energiekonzernen in den Arm zu fallen, die das Klimaproblem ignorieren und ineffiziente Kohlekraftwerke bauen wollen. Absolut erforderlich ist es, ab 2013 alle CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate zu versteigern."

**Eine Kurzfassung** der "Moorburg-Alternativstudie" finden Sie im Internet unter:

[http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/20071126\\_energie\\_kohlekraftwerk\\_hamburg\\_studie\\_kurzfassung.pdf](http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/20071126_energie_kohlekraftwerk_hamburg_studie_kurzfassung.pdf)

**Die Langfassung** der "Moorburg-Alternativstudie" unter:

[http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/20071126\\_energie\\_kohlekraftwerk\\_hamburg\\_studie.pdf](http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/20071126_energie_kohlekraftwerk_hamburg_studie.pdf)

**Pressekontakt:** Gerhard Timm, Bundesgeschäftsführer des BUND, Mobil: 0170-4042897; Thorben Becker, BUND-Energieexperte, Tel. 030-27586-421, Mobil: 0171-6065225 bzw. Rüdiger Rosenthal, BUND-Pressestelle, Tel. 030-27586-425/489, Fax: -449, E-Mail: [presse@bund.net](mailto:presse@bund.net), [www.bund.net](http://www.bund.net)

Freitag, 23. November 2007 | Insel Usedom links

DONG Energy:

Jetzt haben Behörden zu prüfen

Ostvorpommern. „Wir sind uns sehr sicher, dass unser Kraftwerk technisch genehmigungsfähig ist.“ Dies stellte Albert Uwe Schön, Generalbevollmächtigter der DONG Energy Kraftwerke Greifswald Verwaltungs GmbH, am Abend vor dem Kreis-Umweltausschuss klar. Laut Schön hätten unabhängige Gutachter nachgewiesen, dass der ab 2012 bei Lubmin geplante Steinkohlekraftwerksbetrieb weder den Seebadstatus gefährde noch eine Erwärmung des Boddens verursache, die stärker wäre, als zu KKW-Zeiten. „Dies haben Gutachter berechnet. Die Behörden müssen dies nun prüfen.“ Während Ausschusschef Dieter Markhoff (CDU) die Pläne von DONG befürwortete, äußerte sich Karin Kasper (SPD) kritisch. Sie plädierte dafür, an bestehenden Energiestandorten neue Kraftwerke zu bauen. Erhard Storch (SPD) möchte, dass bei der Wahl der im Gegenzug zum Kraftwerksbau fälligen Ausgleichsmaßnahmen „die Basis mitbestimmen darf“. Am Bau selbst sei nicht mehr zu rütteln. „Darüber ist längst entschieden“, so Storch.T. S.

Wochenendausgabe, 24. November 2007 | Titelseite Rügen

Unterschriften vom Bündnis gegen Kraftwerk

Putbus. Die Wählergemeinschaft Bündnis für Rügen (BfR) ist gegen das geplante Steinkohlekraftwerk in Lubmin und hat dafür auf der jüngsten Mitgliederversammlung in Putbus Unterschriften gesammelt. BfR-Mitglieder trugen sich in ausgelegte Listen ein und wollen so Bürgerinitiativen und die Aktivitäten der Kommunen, der DEHOGA und des Tourismusverbandes unterstützen, mit denen der Verzicht der Landesregierung auf das geplante Energieprojekt erreicht werden soll. Hauptargumente des Bündnisses gegen das Projekt sind seine Unvereinbarkeit mit der Zielstellung des Landes, MV zum Gesundheitsland zu entwickeln, ein zu erwartender Imageschaden für den Tourismus auf Usedom und Rügen, negative Auswirkungen auf die Sicherheit im Schiffsverkehr auf der Ostsee sowie Beeinträchtigungen des Klimas und der Wasserqualität im Greifswalder Bodden. Zudem ruft das Bündnis besorgte Bürger auf, von der Möglichkeit einer förmlichen Einwendungen gegen das Kohlekraftwerk Gebrauch zu machen.

Donnerstag, 22. November 2007 | Insel Usedom links

Widerstand gegen Kraftwerkspläne in der Region nimmt zu, auch Zinnowitz wehrt sich

**Der gesamte Insel-norden, aber auch Heringsdorf lehnen den Kohlemeiler ab. Der Tourismus- verband will am 8.12. Klartext reden.**

Wolgast/Insel Usedom. Nach Heringsdorf als größter Inselgemeinde, Karlshagen, Trassenheide und in der Vorwoche Peenemünde sagt nun auch Zinnowitz als Kommune laut und vernehmlich „Nein“ zu den dänischen Kraftwerksplänen am Greifswalder Bodden. Dienstagabend folgten – bei zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen – fünf Abgeordnete der ablehnenden Beschlussvorlage der Linkspartei. Schäden für Umwelt, Tourismus und Joblandschaft wurden als Gefahren ins Feld geführt, allerdings bezeichnete Wolfgang Bordel (Usedomer Ring) den Vorschlag, das Kohlekraftwerk möglichst an einen „unschädlicheren“ Standort verschieben zu lassen, als etwas heuchlerisch. Von der Zuhörerschaft wurde die Entscheidung mit Beifall aufgenommen. In Trassenheide hatte jüngst Dr. Martin Grunze von der Dünenwaldklinik vor allem gesundheitliche Aspekte für das Votum gegen den Kohlemeiler ins Feld geführt.

Zurückhaltender in der Meinungsbildung war man dagegen bislang auf dem Festland. Weder die Wolgaster, noch die Lassaner Stadtvertreter haben schon eine Position bekundet. Aber sowohl Gisela Kretschmer als auch Heino Repkowski versicherten, dass das Thema „demnächst“ auf die Agenda beider Parlamente käme.

Ihr Veto gegen die Pläne von Dong Energy erheben derzeit auch immer mehr kirchliche Kreise. Am Wochenende äußerten zunächst der pommersche Bischof und die Synode ihre ablehnende Haltung (OZ berichte), dem sich dann auch die Kirchgemeinde Karlshagen/Krummin anschloss. „Versündigt euch nicht an Gott und den Menschen“ lautete die Botschaft des Regenbogentages zur Bewahrung der Schöpfung.

Nach wie vor offen ist die Haltung des Usedomer Tourismusverbandes. „Wir warten noch auf das komplette Tourismusverträglichkeitsgutachten, das Anfang Dezember öffentlich vorgestellt wird“, sagte gestern Dietmar Gutsche. Der Vorstand werde danach eine Stellungnahme als Beschlussvorschlag für den Tourismustag am 8. Dezember vorbereiten. „Dann fällt die Entscheidung demokratisch“, so der Kurdirektor der Kaiserbäder.

Bei Dong Energy verfolgt man die öffentlichen Stellungnahmen der Gemeinden natürlich aufmerksam, versichert Michael Deutschbein von der Beratungsfirma Scholz & Friends in Hamburg. „Die Meinung der Menschen ist uns wichtig“, sagt er, verweist aber auch auf exakte Informationen zur Entscheidungsfindung. Dong biete sie im Lubminer Büro und unter [www.kraftwerkegreifswald.de](http://www.kraftwerkegreifswald.de). Außerdem habe man ein Newslettersystem zu allen relevanten Sachthemen installiert.

STEFFEN ADLER

Dienstag, 20. November 2007 | Ostvorpommern

Bürger protestieren gegen Küstenwald-Rodung

Lubminer Heide. Zwei Wochen nach den ersten Baumfällungen im Küstenwald zwischen dem Seebad Lubmin und den Energiewerken Nord regt sich zunehmend Protest. Nicht nur Lubminer Bürger beklagen das Ausmaß der Rodungen. Die Lubminer Bürgerinitiative spricht gar von Zerstörung des 80-jährigen Waldes.

Seit Anfang November wird westlich des ehemaligen Kernkraftwerkes im Auftrag des Zweckverbandes Freesendorf eine etwa 60 Meter breite Schneise in den Wald geschlagen. Für ein Gleis, das vom neuen Hafen in der Lubminer Heide zum vorhandenen Schienenstrang Richtung Greifswald führen soll. Insgesamt 19,2 Hektar Wald sollen dafür fallen.

Aus Sicht der Bürgerinitiative nur der „Auftakt für weitere Rodungen zur Schaffung der Voraussetzungen für die geplanten Industrieansiedlungen“. Durch die derzeitigen Rodungen und folgende würden nachhaltige ökologische Veränderungen eingeleitet, heißt es in einer Stellungnahme. Negative Auswirkungen auf die Lebensqualität und den Gesundheitstourismus seien programmiert.

Die Fällung erfolge, obwohl sich die Gemeinde Lubmin, die Mehrheit ihrer Bürger und viele Urlauber dagegen ausgesprochen hätten, beklagt die BI. Sie selbst stritt seit sieben Jahren für die Erhaltung des Küstenwaldes. Die Seebadgemeinde Lubmin will noch 2007 den „Zweckverband Lubminer Heide“ verlassen, um die Planungshoheit auf dem Territorium der Kommune (über 90 % der Fläche für Investitionsvorhaben in der Lubminer Heide) zurück zu bekommen.

Mittwoch, 21. November 2007 | Anklam

Kraftwerk teilt Meinungen der Krösliner

**Die öffentliche Einwendungsfrist gegen den geplanten Steinkohlekraftwerksbau endet ganz offiziell am Nikolaustag.**

Kröslin/Lubmin. „Keine Einwände, Hinweise und Bedenken“ hatten am Montagabend fünf von sechs der anwesenden Krösliner Gemeinderatsmitglieder gegen die dritte und vierte Änderung des Bebauungsplanes Lubminer Heide. Sie verabschiedeten damit für die Bürger der Gemeinde Kröslin das Einverständnis, die ursprünglichen Festsetzungen des Plans – wie zum Beispiel die Begrenzung der Gebäudehöhen – den wirtschaftlichen Bedürfnissen der dänischen Firma DONG Energy, die das Steinkohlekraftwerk am Greifswalder Bodden derzeit plant, anzupassen.

„Die Frist für Einwendungen zur B-Plan-Änderung ist ohnehin vor fünf Tagen bereits abgelaufen“, kritisierte dagegen Gemeinderatsmitglied Volker John die Vorgehensweise im Gemeinderat. „Wie sollten wir da Einwendungen hervorbringen?“, lautete seine scharfe Frage. Der Konter: „Die Beschlussvorschläge lagen vor“, verteidigt Bürgermeister Wolfgang Woy (CDU). Und wieder retour: „Eine zu eng bemessene Terminsetzung“, fügt John – verärgert – auf die Feststellung an.

Auch unter den Bürgern der Gemeinde mehren sich die Stimmen derjenigen, die ihre demokratischen Interessen von der Gemeindevertretung in der aktuellen Vorgehensweise nicht gewahrt sehen. „Die gesamte Informationsvermittlung ist mir zu sehr im Verborgenen“, findet zum Beispiel Alexander Kühn aus Kröslin, der sich durch Internet und Presse besser informiert fühlt, als direkt an einem jener Orte, die von den Auswirkungen direkt betroffen sein werden. „Ich werde jetzt die Möglichkeit nutzen, die noch bis Donnerstag im Amt Lubmin ausliegenden Dong-Akten einzusehen.“ Derzeit wird die Einhaltung des Immissionsschutzgesetzes geprüft. „Jeder, der Einwände gegen den Kraftwerksbau hat, kann sie jetzt vorbringen“, informiert in diesem Zusammenhang Michael Voitacha von der Bürgerinitiative Kein Steinkohlekraftwerk, denn noch bis Nikolaus läuft der öffentliche Teil des Genehmigungsverfahrens.

Eine Einwendung kann jeder schreiben, der von seinem demokratischen Recht der Mitbestimmung Gebrauch machen will. Er schildert darin seine persönlichen Vorbehalte gegen das Kraftwerk. Die können von Bedenken gesundheitlicher Art bis zu befürchteten Negativauswirkungen seines Grundstückspreises reichen. Die Einwendung muss allerdings gewisse formaljuristische Anforderungen erfüllen und – vor allen Dingen – fristgerecht im Amt Lubmin eingehen.

*CHRISTINE SENKBEIL*

Leserbrief von Walter Dressel aus Lubmin | 21.11.2007 12:52 Uhr

Merkel wirbt für Kohlekraftwerk - offener Brief

An die

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

Willy-Brandt-Str. 1

10557 Berlin

Offener Brief

Kohlekraftwerk Lubmin

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

□ Von der geplanten Anlage werden unter Berücksichtigung der vorgesehenen Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt, das Oberflächenwasser und die Landschaft erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen ausgehen.

Ausgleichsmaßnahmen sind wegen der fehlenden Verfügbarkeit von Maßnahmenflächen im räumlichen Zusammenhang nicht durchführbar."

Diese Aussage stammt nicht von irgendwelchen Ökofreaks sondern aus einer Infobroschüre von Dong energy.

(Kraftwerke Greifswald; Kurzdarstellung des Vorhabens. Oktober 2007 S17).

Allgemeinverständlich: Das geplante Kraftwerk wird das bestehende Ökosystem an den und in den Boddengewässern zerstören.

Sie stellen sich (Zitat Ostseezeitung vom 19. 11. 2007) "Mit aller Macht hinter die Zwei-Milliarden-Euro-Investition" von Dong energy.

Das kann man natürlich. Man wird dann allerdings unglaublich, wenn man da, wo eigene Entscheidungen nicht gefordert werden, in Indien etwa, von "Bewahrung der Schöpfung" redet. Sonntagsreden irgendwo in der Welt zu halten für unbedingt nötige Anstrengungen zur Vermeidung von Umweltzerstörung, zuhause aber für die Zerstörung letzter noch intakter Ökosysteme zu plädieren, ist entlarvend. Und der Satz, es würden "keine Kohle-Stücke die Strände verschmutzen" ist leicht dahingesagt. Solche lockeren Sprüche zeigen, wie wenig ernst die Sorgen der Menschen genommen werden, deren Existenz durch die Beeinträchtigung des Fremdenverkehrs bedroht ist. Wie man tatsächlich Schöpfung bewahrt, Klimakatastrophen vermeidet und unser aller Lebensgrundlagen erhält, lässt sich kaum besser sagen als mit dem Wort "global denken - lokal handeln". Täten das alle, wären viele Probleme lösbar. Natürlich darf man den Spruch nicht uminterpretieren zu "weltweit Sprüche klopfen - zuhause weiterwursteln".

Dann sind da noch die Dauerarbeitsplätze. 150 will Dong energy schaffen. Wieviele im Gesundheits- und Wellnessland, Ihrem Land Mecklenburg-Vorpommern, im Tourismus, in der Bio-Landwirtschaft und der Fischerei verloren gehen, hat noch niemand veröffentlicht. Die Bilanz dürfte negativ sein, der Arbeitsplatzverlust vor allem die einheimische Bevölkerung treffen. Auch dieses Problem wäre gelöst, wollte man tatsächlich alte Kraftwerke durch neue, umweltfreundlichere ersetzen. Am Standort der alten.

Bleibt die Frage, warum Sie sich "mit aller Macht" für den Bau des Kohlekraftwerkes bei Lubmin einsetzen. Ich finde keine Antwort, die nicht beschämend wäre.

Mit freundlichen Grüßen

Leserbrief von Michael Spiller aus Greifswald | 20.11.2007 09:49 Uhr

Zu: OZ vom 17.11.2007, S. 6: Entscheidung in Binz:

Wirtschaftsminister Jürgen Seidel behauptet, daß die deutschen Umweltschutzgesetze die strengsten der Welt sind. Weshalb darf dann in Lubmin ein Steinkohlekraftwerk gebaut werden, das in Dänemark nicht mehr genehmigungsfähig ist und in wenigen Jahren so auch hier nicht mehr errichtet werden dürfte?

Bei der Diskussion über die Gesundheitsgefährdung durch das geplante Kohlekraftwerk in Lubmin müssen auch die Abgase der Schiffe berücksichtigt werden, die beim Kohletransport entstehen. Durch die Verbrennung des Schweröls entstehen große Mengen an Ruß, unverbrannten Kohlenwasserstoffen, Stickstoff- und Schwefelverbindungen. Schweröl enthält das Mehrtausendfache an Schwefel als Diesel für PKW. Ein Anstieg der Herz-Kreislauf- und Lungenerkrankungen ist zu befürchten. Ein Todesurteil für den Tourismus in der Region und ein Abwanderungsgrund für die Einheimischen.